

# FIEC als Stimme des Bausektors in Zeiten von COVID-19

Während der Corona-Krise diente die FIEC als Austauschplattform für ihre Mitglieder. Gleichzeitig bewährte sie sich als Sprachrohr des Bausektors.

TEXT: KARL THIES, FIEC

**G**leich zu Beginn der Krise richtete die FIEC eine interne COVID-19-Beobachtungsstelle ein, die als Plattform diente, auf der sich die Mitgliedsverbände gegenseitig über alle neuen Entwicklungen bezüglich ihrer spezifischen nationalen Situation informieren konnten. Einmal pro Woche erstellte die FIEC auf der Grundlage der von ihren Mitgliedern übermittelten Informationen einen Gesamtüberblick über die wichtigsten Maßnahmen, die den Bausektor betreffen. Diese Übersicht wurde den Mitgliedern, den europäischen Institutionen und anderen Organisationen zur Verfügung gestellt. Parallel dazu traf sich das Management Board der FIEC wöchentlich, um ein effektives Krisenmanagement des europäischen Verbandes festzulegen.

## Forderungen an Brüssel

Mitte März sandte die FIEC einen Brief an die Europäische Kommission, der drei Hauptanliegen zur Unterstützung der Bauindustrie enthielt. Die FIEC forderte die Europäische Kommission auf, öffentlich bekanntzugeben, dass es sich bei der COVID-19-Pandemie um einen Fall „höherer Gewalt“ handelt, um bauvertragliche Schwierigkeiten anzugehen. Weiters forderte die FIEC von der Europäischen Kommission eine Empfehlung an die EU-Mitgliedstaaten, wonach es Bauunternehmen gestattet sein sollte, laufende Arbeiten auszusetzen bzw. zu reduzieren, ohne dafür bestraft zu werden, sofern sie nicht in der Lage sind, die Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen einzuhalten oder ihre Aktivitäten aufgrund von Unterbrechungen der Lieferkette fortzuführen. Schließlich forderte die FIEC die Bereitstellung spezifischer Ressourcen zur Deckung der zusätzlichen Kosten im Zusammenhang mit Änderungen in der Organisation und neuen Zeitplänen auf den Baustellen.



© EC - Audiovisual Service / FIEC

Anfang April gab die FIEC ein weiteres Papier heraus, in dem sie die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Dienstleistungs- und Arbeitnehmerfreizügigkeit im Baugewerbe unterstrich. Die FIEC hielt es für notwendig, auf bausepezifische Probleme im Zusammenhang mit der Freizügigkeit von Dienstleistungen und Arbeitnehmern hinzuweisen, da beide Grundfreiheiten für die Lieferketten des Sektors von grundlegender Bedeutung sind. Als arbeitsintensiver Wirtschaftszweig, so unterstrich die FIEC, war es für den Bausektor unter anderem notwendig, Grenzarbeitern und entsandten Arbeitnehmern weiterhin den Grenzübergang zu ihrem Arbeitsplatz zu gestatten, sofern Bauarbeiten im jeweiligen Land noch erlaubt sind. Das Lobbying der FIEC trug Früchte. Im Mai gab die Europäische Kommission die Empfehlung heraus, Schlüsselsektoren wie dem Bausektor Freiheiten hinsichtlich der Dienstleistungs- und Arbeitnehmerfreizügigkeit einzuräumen.

## Maßnahmen für sicheres Arbeiten

Das Hauptziel des Bausektors bestand stets darin, seine Arbeiten fortzusetzen, ohne die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten zu gefährden. Vor diesem Hintergrund, und in ihrer Rolle als Sozialpartner auf euro-



In zwei Videokonferenzen im April mit EU-Kommissar Thierry Breton (l.) definierten der neue FIEC-Präsident Thomas Bauer (re. oben) und FIEC-Vizepräsident Piero Petrucco (re. unten) Maßnahmen für eine rasche Erholung der europäischen Bauwirtschaft.

päischer Ebene, formulierte die FIEC gemeinsam mit der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) Mitte April einen Maßnahmenkatalog, um die sichere Fortsetzung der Bauarbeiten zu gewährleisten.

## Konferenz mit EU-Kommissar

Dank ihrer gewichtigen Rolle auf EU-Ebene wurden Vertreter der FIEC von der Europäischen Kommission zu hochrangigen Videokonferenzen am 7. und 20 April eingeladen. Diese Konferenzen brachten die wichtigsten Vertreter des Bausektors mit Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt, zusammen. Ziel war es, die Maßnahmen zu definieren, die für eine rasche Erholung erforderlich sind. Als bekannt wurde, dass die Europäische Kommission an einem Wiederaufbauplan arbeitet, brachte sich die FIEC mit einer Einschätzung über die benötigten Investitionen für den Bausektor ein. Auf Basis der Prognosen der Statistik-Experten der Mitgliedsverbände machte die FIEC deutlich, dass mindestens 320 Milliarden Euro an Bauinvestitionen notwendig seien, um das Investitionsniveau auf das Vorkrisenniveau zu bringen. Zum Zeitpunkt des Verfassens des Artikels arbeitet die FIEC an einer Einschätzung des kürzlich vorgelegten EU-Haushalts. ■

# COVID-19: Krisenbewältigung durch die EU

Zu Beginn der Corona-Krise verabschiedete die Europäische Union im Rahmen ihrer Befugnisse eine Reihe von Maßnahmen, um den wirtschaftlichen Schaden zu begrenzen. Im Zentrum des Wiederaufbaus soll ein massiv aufgestockter EU-Haushalt stehen.

TEXT: KARL THIES, FIEC

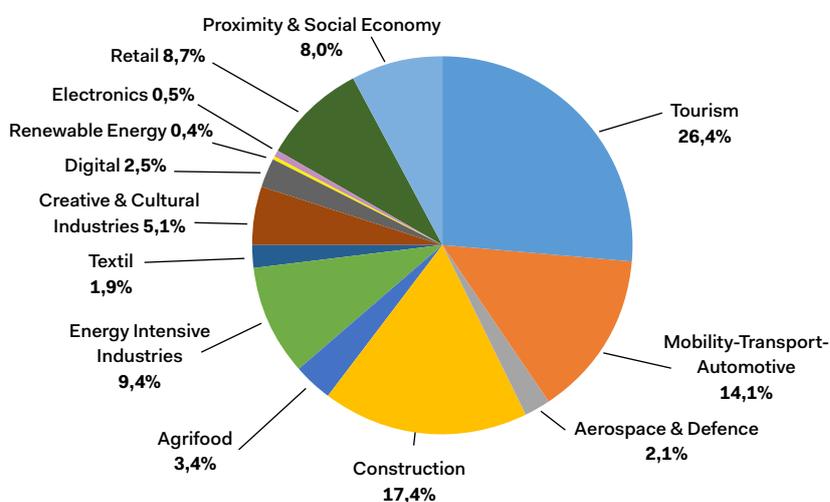
**E**ine der ersten Maßnahmen zur Krisenbekämpfung auf EU-Ebene war die Flexibilisierung der Struktur- und Regionalfonds Ende März 2020. Alle verfügbaren Gelder konnten somit auf nationaler Ebene für die Krisenbekämpfung eingesetzt werden. Während der Hochphase der Gesundheitskrise arbeitete man in der Europäischen Kommission bei der Bewilligung von staatlicher Beihilfe für Unternehmen auf Hochtouren. Täglich wurden Hilfen bewilligt, sodass staatliche Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft unverzüglich in Gang gesetzt werden konnten. Daneben gab die Europäische Kommission regelmäßig Richtlinien an die Mitgliedstaaten heraus, um die Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitnehmerfreizügigkeit möglichst aufrechtzuerhalten, was gerade für den Bausektor von elementarer Bedeutung ist.

Auf Ratsebene wurden mitunter drastische Entscheidungen gefällt. So wurden die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes außer Kraft gesetzt und ein Konjunkturpaket von 500 Milliarden Euro verabschiedet.

## „Recovery“-Plan der Europäischen Kommission

Im Zentrum des wirtschaftlichen Wiederaufbaus auf EU-Ebene wird ein massiv aufgestockter EU-Haushalt für den Zeitraum 2021-2027 stehen. 2018 präsentierte die Europäische Kommission ihren ursprünglichen Vorschlag zum EU-Budget. Angesichts der Krise legte sie nun Ende Mai 2020 einen entsprechend überarbeiteten Vorschlag vor. Letzterem zufolge soll sich das Gesamtvolumen des siebenjährigen Haushalts auf nunmehr 1,8 Billionen Euro belaufen. Diese Summe kommt dadurch zustande, dass der ursprüngliche EU-Haushalt in Höhe von 1,1 Billionen Euro eine „Finanz-

DER ANTEIL DES EUROPÄISCHEN BAUSEKTORS AM DURCH COVID-19 VERURSACHTEN EU-WEITEN KAPITALVERLUST BETRÄGT 17,4 PROZENT.



spritze“ von 750 Milliarden Euro erhält. Diese 750 Milliarden Euro sollen durch die Europäische Kommission in Form von Anleihen an den Finanzmärkten aufgenommen werden, wohingegen die restlichen 1,1 Billionen Euro – wie gewohnt – aus Beiträgen der Mitgliedstaaten, einem Teil der Mehrwertsteuer sowie aus Zolleinnahmen stammen.



Der „Recovery“-Plan ist ein ambitioniertes Wirtschaftsprogramm der Europäischen Kommission (im Bild: das Berlaymont-Gebäude in Brüssel, Sitz der EU-Kommission).

## Existierende EU-Programme budgetär aufgestockt

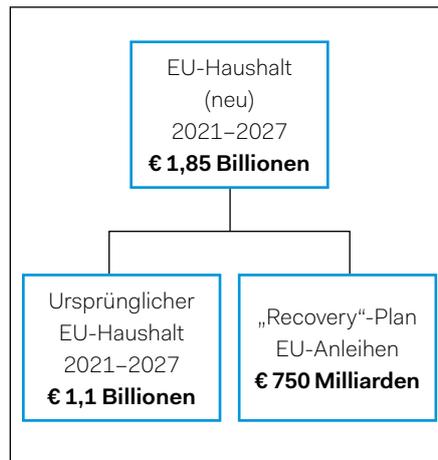
Die Gesamtmenge von 1,8 Billionen Euro soll einerseits bereits existierende EU-Programme stärken. Darunter fällt zum Beispiel „Horizon Europe“, dessen Vorgänger „Horizon 2020“ von 2014-2020 mehr als 1,5 Milliarden Euro an Forschungsmitteln nach Österreich gebracht hat. Das gesamte Volumen des Programms soll sich der Europäische Kommission zufolge auf über 94 Milliarden Euro belaufen. Für Forschungsprojekte im europäischen Bausektor fordert die FIEC mindestens 1,5 Milliarden Euro. Das Programm „Connecting Europe – Transport“, das auf die Vervollständigung des europäischen Transportnetzwerkes abzielt, soll mit etwa 23 Euro Milliarden ausgestattet werden. Aus dem Vorgängerprogramm flossen von 2014-2019 über 600 Millionen Euro in Bauprojekte mit österreichischer Beteiligung wie den Brenner Basistunnel. Weitere Investitionen in Infra-

struktur in Höhe von 1,5 Milliarden Euro sind über den Budgetposten „Militärmobilität“ vorgesehen. Damit soll die vorhandene Transportinfrastruktur besser an militärische Bedürfnisse angepasst werden.

Mit einem Budget von über 360 Milliarden Euro soll auch die Struktur- und Kohäsionspolitik gestärkt werden. Diese Mittel zielen größtenteils auf die Unterstützung wirtschaftlich schwacher Regionen ab. Dennoch wird auch der österreichische Bausektor davon profitieren. Die Nutzung der Fördermittel für die kommende Haushaltsperiode ist noch nicht absehbar, da sie auf nationalen Programmen beruht. Für den Zeitraum 2014-2020 waren in Österreich beispielsweise etwa 6 Millionen Euro für die Sanierung öffentlicher Gebäude vorgesehen. Die Europäische Kommission schlägt zudem vor, das Programm „InvestEU“ aufzustocken. Mit einer aus dem EU-Budget stammenden Garantie von über 30 Milliarden Euro soll die Europäische Investitionsbank in den kommenden Jahren private Investitionen von über einer Billion Euro mobilisieren. Die Finanzierung von Projekten erfolgt auf Anfrage durch Projektträger. Daher ist auch hier noch nicht absehbar, welche Summe dem Bausektor schlussendlich zugutekommen wird. Unter dem vorherigen Programm – dem „Juncker-Plan“ – wurden europaweit unter anderem ÖPP-Projekte (öffentlich-private Partnerschaften) im Infrastrukturbereich finanziert. In Österreich wurde der Bau des Windparks Hof-Seibersdorf mit etwa 40 Millionen Euro mitfinanziert.

### Neue EU-Programme

Neben den bis hierher skizzierten Maßnahmen sollen mit den zusätzlichen finanziellen Mitteln neue Programme ins Leben gerufen werden. Das Schwergewicht unter diesen neuen Programmen ist ein Wiederaufbaufonds mit einem Volumen von 560 Milliarden Euro. Davon sollen 310 Milliarden Euro den Mitgliedstaaten in Form von nicht rückzahlbaren Transfers beim Wiederaufbau der Wirtschaft nach dem von der Pandemie verursachten Konjunkturerinbruch helfen, während die restlichen 250 Milliarden Euro als Darlehen vergeben werden würden. Einen Verteilungsschlüssel hat die Europäische Kommission bereits vorgelegt. Österreich erhielt Zuwendungen von



FIEC; Stand d. Grafik: Juni 2020

**Der ursprünglich geplante EU-Haushalt 2021 – 2027 soll um 750 Milliarden Euro, mit welchen Maßnahmen zum Wiederaufbau der Wirtschaft EU-weit finanziert werden sollen, aufgestockt werden.**

über vier Milliarden Euro. Der Zugang zu den Mitteln ist an die Vorlage von Wiederaufbauplänen geknüpft. Regierungen können prinzipiell ihren nationalen Prioritäten folgen. Diese müssen allerdings mit den vorrangigen EU-Zielen Klimaschutz und Digitalisierung vereinbar sein. Aufgrund des nationalen Gestaltungsspielraums, kann auch hier noch nicht gesagt werden, welcher Anteil der Gelder dem Bausektor zuteil wird.

Teil des europäischen Wiederaufbauplans ist auch ein Solvenzhilfsmittel. Über eine Garantie aus dem bestehenden EU-Budget soll die Europäische Investitionsbank über 300 Milliarden Euro an Privatkapital mobilisieren. Mit dem Instrument sollen grundsätzlich bestandsfähige Unternehmen unterstützt werden, die coronabedingt in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind. Die Europäische Kommission schätzt, dass sich die Kapitalverluste des



**In Österreich wurde der Bau des Windparks Hof-Seibersdorf mit etwa 40 Millionen Euro vom „Juncker-Plan“ mitfinanziert.**

europäischen Bausektors auf etwa 17 Prozent der gesamten Kapitalverluste belaufen. Somit ist damit zu rechnen, dass der Bausektor in nicht unerheblichem Maße von den Investitionen profitieren wird.

### Einigung bei EU-Gipfel

Über den Vorschlag der Europäischen Kommission wurde nach zähen Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs am 21. Juli 2020 eine Einigung erzielt, wobei einige Änderungen am Vorschlag vorgenommen wurden. Zunächst wird der reguläre Haushalt von 1,1 Billionen Euro auf 1,074 Billionen Euro gekürzt. Während die Höhe des „Recovery Plan“ unberührt bleibt, ändert sich die Verwendung der 750 Milliarden Euro. Ein größerer Teil – 672,5 Milliarden Euro – wird nun dem Wiederaufbaufonds zugewendet. Davon werden 360 Milliarden Euro als Darlehen und 312,5 Milliarden Euro als Zuschüsse vergeben. Österreich wird mit ungefähr vier Milliarden Euro rechnen können. Durch diese Änderungen werden bestehende Programme wie die oben angesprochenen „Horizon Europe“ oder „Invest EU“ in geringem Maße als ursprünglich geplant aufgestockt. Ein weiterer Wermutstropfen: das von der Kommission ursprünglich geplante Solvenzhilfsmittel wurde vom Europäischen Rat nicht genehmigt.

Der Deal ist allerdings noch nicht in trockenen Tüchern. Er muss sowohl vom Europäischen Parlament als auch von den nationalen Parlamenten abgesegnet werden. Eine Einigung vor Jahresende ist notwendig, damit die jeweiligen Programme zu Beginn des Jahres 2021 pünktlich anlaufen können.

Bei der letztendlichen Nutzung der finanziellen Mittel werden insbesondere die Mitgliedstaaten eine tragende Rolle spielen. Inwiefern der Bausektor vom neuen EU-Haushalt profitieren wird, hängt damit in beträchtlichem Maße von der Umsetzung auf Staatenebene ab. ■



**Karl Thies**

Policy Officer Economic & Legal Affairs (ECO)  
FIEC



© Olivier Charlet